

Thema Energie im Vordergrund

# Ein effizienter Einsatz sichert Österreichs Klima- und Energiesystem

Nicht nur die kommunale Energiepolitik steht am Scheideweg, auch der Bund muss sich zwischen Alternativ- und Traditionsenergien, Kostenfaktoren, Importabhängigkeit und Sparsamkeit entscheiden. KOMMUNAL sprach mit Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner.

**Herr Bundesminister, Sie hatten kürzlich die Branchenvertreter der erneuerbaren – oder alternativen – Energien zu einem „Round Table“ bei sich. Was waren die wichtigsten Themen der Besprechung?**

**Reinhold Mitterlehner:** Wir haben mit Vertretern der Kleinwasserkraft, der Windkraft, der Biomasse- und Biogaserzeuger sowie der Photovoltaik-Branche konstruktiv diskutiert – unter anderem über Themen wie Tariffestsetzung, Marktreife der einzelnen Technologien, Förderdeckelung sowie Wartezeiten bei Förderzusagen und Investitionsentscheidungen. Ein wichtiges Thema war dabei das neue Ökostromgesetz, das wir im Herbst vorlegen wollen. Unser Ziel ist ein intelligentes Fördersystem, das aber nicht

Fotos: Wiener Bezirkszeitung/Laubner

„Wir brauchen eine Neuorientierung der Energie- und Klimapolitik, wie sie jetzt in der Energiestrategie Österreich vorgesehen ist.“  
Reinhold Mitterlehner



ausufert. Jede noch so erfreuliche Anhebung der Ökostromtarife zur Erhöhung des Ökostrom-Anteils führt zu höheren Kosten für die Stromkunden. Schon jetzt zahlen sie mit ihren Stromrechnungen etwa 340 Millionen Euro pro Jahr für den Ökostrom.

**Unser Energiesystem steht vor großen Herausforderungen: Alle Szenarien gehen von einer Zunahme des Energieverbrauchs, einem Anstieg der CO<sub>2</sub>-Emissionen und einer zunehmenden Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus.**

**Was bedeutet das für Österreich?**

Wir brauchen eine Neuorientierung der Energie- und Klimapolitik, wie sie jetzt in der Energiestrategie Österreich vorgesehen ist. Durch den effizienteren Einsatz von Energie und den konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energieträger – Wasser, Wind, Photovoltaik, Biomasse – sichern wir Österreichs Energie- und Klimasystem. Wir verringern so die Abhängigkeit von Energieimporten und erfüllen bis 2020 die Energie- und Klimaziele der EU. Besonders wichtig ist der Fokus auf die Verringerung des Verbrauchs, wodurch wir erstmals die Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch schaffen. Mit der Umsetzung der Energiestrategie eröffnen wir auch unseren Unternehmen zahlreiche Vorteile, weil sie bei Energie- und Umwelttechnologie über ein weltweit anerkanntes Know-how verfügen.

**Die Energiestrategie Österreichs verspricht bis 2020 20 Prozent mehr Energieeffizienz, einen Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttoendenergieverbrauch von 34 Prozent und 16 Prozent weniger Treibhausgase. Ist das aus heutiger Sicht realistisch?**

Für den Aufgabenbereich des Wirtschafts- und Energieministeriums kann ich das bestätigen. Wir haben zum Beispiel am 30. Juni den Nationalen Aktionsplan erneuerbare Energien an die Europäische Kommission gemeldet. Darin ist detailliert beschrieben, wie Österreich bis 2020 den Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttoendenergieverbrauch erhöhen wird. Mit unserem Zielwert von 34 Prozent liegen wir im EU-Vergleich auf Platz vier.

Die anderen EU-Staaten werden im Jahr 2020 im Schnitt nur 20 Prozent erneuerbare Energien einsetzen.

**Wie viele Arbeitsplätze können durch die Energiestrategie geschaffen werden?**

Schon jetzt arbeiten in Österreich rund 185.000 Beschäftigte im Bereich Klima- und Umweltschutz. Experten erwarten, dass allein mit der Umsetzung der Energiestrategie rund 80.000 Jobs gesichert und geschaffen werden. Zum Beispiel durch Maßnahmen und Investitionen in den Bereichen Gebäudesanierung, erneuerbare Energien, energieeffiziente Produktion, öffentlicher Verkehr und Elektromobilität. Außerdem verschaffen wir unserer Wirtschaft große Wettbewerbsvorteile, indem wir die im In- und Ausland stark nachgefragten Öko-Innovationen forcieren. Damit schaffen wir zusätzliche „Green Jobs“ und legen so die Basis für intelligentes Wachstum.

**Auf welche Energiearten sollen Österreichs Gemeinden in Zukunft setzen?**

Wichtig ist, dass für die Erzeugung von Ökostrom die effizientesten Standorte genutzt werden. Darauf richten wir auch die Tarife aus. Gute Projekte an geeigneten Standorten sollen nicht durch teure und ineffiziente Anlagen verdrängt werden. Haushalte, Gewerbe und Industrie würden dadurch unnötig zur Kasse gebeten.

**Was sind ihre nächsten Pläne, um klima- und umweltfreundliche Energieformen zu forcieren?**

Parallel zur Umsetzung der Energiestrategie arbeiten wir derzeit an einer Novelle des Ökostromgesetzes. Damit wollen wir die Abrechnung der Mittel und die Aufbringung transparenter machen. Unter anderem prüfen wir, inwiefern der derzeit geltende Deckel bei der Solarstromförderung aufgehoben werden kann. Darüber hinaus nehmen wir für zwei neue Förderschienen im Bereich der Öko-Innovationen 20 Millionen Euro in die Hand, womit wir Investitionen von bis zu 200 Millionen Euro auslösen und weitere Green Jobs schaffen.



Die weltweite Tendenz geht dahin, langsam aus der Nutzung fossiler Energieträger auszusteigen, wobei wir natürlich die vielen Arbeitsplätze in diesem Bereich berücksichtigen müssen.

Denn die Entwicklung von „grünen Produkten“ nützt nicht nur der Umwelt, sondern beschleunigt auch den notwendigen Strukturwandel der Wirtschaft.

**Zur Energieversorgung gehört auch der Bereich „Energiesparen“. Wird es in naher Zukunft wieder eine Offensive zur Förderung der thermischen Sanierung geben?**  
Wegen der schwierigen budgetären Situation wird es heuer keine Bundesförderung für die thermische Sanierung geben, frühestens 2011 wieder. In Zu-

Wichtig ist, dass für die Erzeugung von Ökostrom die effizientesten Standorte genutzt werden. Darauf richten wir auch die Tarife aus.

... auf die Frage, auf welche Energiearten Österreichs Gemeinden künftig setzen sollten

kunft streben wir im Rahmen der geplanten Ökologisierung des Steuersystems wieder eine zusätzliche Unterstützung für die thermische Sanierung an. Schon derzeit stehen allerdings in den Bundesländern verschiedene Fördertöpfe zur Verfügung.

**Wie sieht es mit den Klassikern Öl und Gas aus? Die Ereignisse im Golf von Mexiko haben die Einstellung der Menschen zu den traditionellen Energieformen nicht gerade im positiven Sinn forciert. Wie sollte Österreich damit umgehen?**

Die weltweite Tendenz geht dahin, langsam aus der Nutzung fossiler Energieträger auszusteigen, wobei wir natürlich die vielen Arbeitsplätze in diesem Bereich berücksichtigen müssen. Gleichzeitig können wir die großen Potenziale, die sich aus diesem Prozess ergeben, hervorragend nutzen, weil wir weltweit als Umweltmusterland mit einer hohen technologischen Kompetenz anerkannt sind. Ich verweise hier etwa auf die Elektromobilität, die uns eine dreifache Chance bietet: Österreichische Unternehmen können mit neuen Produkten neue Märkte erschließen, die Konsumenten sind nicht mehr abhängig vom Ölpreis und die Umwelt wird durch den wegfallenden CO<sub>2</sub>-Ausstoß geschützt. Im Jahr 2020 sollen rund 250.000 Elektrofahrzeuge auf Österreichs Straßen fahren.

**Sollte Österreich nicht jetzt die Gelegenheit nützen, um weltweit noch mehr „unser“ Know-how bei alternativen Energien – oder den sogenannten „Grünen Energien“ Wind, Wasser, Solar – zu bewerben?**

Genau das ist seit längerem unsere Strategie, die wir besonders im Rahmen der Internationalisierungs-Offensive „go international“ mit zusätzlichen Wirtschaftsmissionen, Marktstudien und Marketingbüros umsetzen. Weltweit gibt es eine enorme Nachfrage nach Öko-Innovationen „Made in Austria“, weil wir mit unserer Lösungskompetenz in Bereichen wie Umwelttechnik, Abwasseraufbereitung und Energieeffizienz zu den Weltmarktführern zählen. Parallel dazu pflegen wir die Kontakte in wachstumsstarke Länder wie China, Indien und Russland sowie in die Schwarzmeer-Region intensiver als früher. Teil dieses Konzepts ist auch unsere Präsenz auf der EXPO 2010 in Schanghai, wo wir in unserem Pavillon die Stärken Österreichs als innovatives High-Tech-Land präsentieren. Denn gerade Umwelt- und Energieeffizienz-Technologien zählen in China zu den größten Wachstumsmärkten. Allein heuer sollen dort rund 50 Milliarden Euro in Umweltschutzprojekte investiert werden.

**Im Juni hatten Sie Arbeitsgespräche mit EU-Energiekommissar Günther Oettinger und Aserbaidschans Präsident Ilham Aliyev. Dabei ging es unter anderem um die Themen „Österreich als Energiedrehscheibe“ und die Chancen durch eine verstärkte Präsenz in Aserbaidschan, wobei vor allem die Nabucco-Pipeline diskutiert wurde. Wird da nicht ein irreführendes Signal ausgesandt?**

Nein, denn wir setzen sowohl auf den konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien als auch auf die Erhöhung der Versorgungssicherheit im Gasbereich. Viele österreichische Haushalte und Unternehmen sind weiterhin auf Erdgas angewiesen, wie unter anderem die Gaskrise im Jänner 2009 gezeigt hat. Und

die Nabucco-Pipeline bietet den strategischen Vorteil, dass sie tatsächlich eine Diversifikation von Quelle und Route herstellt. Außerdem endet die Pipeline in Österreich, was unsere Funktion als Energiedrehscheibe weiter verbessern wird.

**Inwiefern wird derzeit die Gelegenheit genutzt, auch in Ländern wie Aserbaidschan Österreichs Know-how verstärkt anzubieten?**  
Wir wollen die stärkere Präsenz in Aserbaidschan – unter anderem durch eine neue österreichische Botschaft in Baku – in möglichst vielen Bereichen nützen. Denn auch Aserbaidschan will langfristig unabhängiger von Öl und Gas werden und seinen Energiemix diversifizieren. Auch dort können wir daher mit Energie- und Umwelttechnologien punkten. Darüber hinaus sehen wir Chancen im Infrastruktur-Bereich, in der Modernisierung der Landwirtschaft und bei Dienstleistungen wie der Pla-

Unser Know-how stößt gerade in der Schwarzmeer- und Kaukasus-Region auf eine wachsende Nachfrage.

... über Österreichs verstärkte Präsenz in Aserbaidschan und der Kaukasus-Region

nung von Wintersportzentren. Unser Know-how stößt gerade in der Schwarzmeer- und Kaukasus-Region auf eine wachsende Nachfrage.

**Viele Gemeinden möchten ihre Beleuchtung umstellen, sind aber bei Investitionen eher zurückhaltend. Inwieweit sehen sie Möglichkeiten, die Umstellung von Beleuchtungssystemen zu fördern?**

Wir setzen hier vor allem auf mehr Information und eine stärkere Bewusstseinsbildung. Daher haben wir gemeinsam mit dem Gemeindebund, der Beleuchtungs-Branche und der Kommunalkredit die Energieeffizienz-Offensive „Mehr Licht – Weniger Kosten“ lanciert. Mit dem Austausch ineffizienter Beleuchtungssysteme wird nicht nur das Erreichen der Energieziele unterstützt, sondern erhält auch unsere Wirtschaft zusätzliche Aufträge. Wir erwarten hier

in den kommenden sieben Jahren ein zusätzliches Auftragsvolumen von rund 100 Millionen Euro. Städte und Gemeinden, die ihre Beleuchtung austauschen, kurbeln nicht nur die Wirtschaft an, sondern können langfristig auch bis zu 50 Prozent der Energiekosten sparen. Das ist in Zeiten knapper werdender Budgets wichtiger denn je. Um die Finanzierung der Um-

Mit der neuen Regelung können Wirte künftig schneller und ohne bürokratische Hürden einen kleinen Gastgarten aufsperrten.

... über die neue Gastgartenregelung

stellung für die Kommunen zu erleichtern, hat die Kommunalcredit ein spezielles Finanzierungsmodell entwickelt, das im Rahmen einer Informations-Roadshow präsentiert wird.

**Ende Juli ist die neue Gastgartenregelung in Kraft getreten. Was sind die zentralen Vorteile gegenüber früher?**

Die Reform bringt eine Anpassung an die tatsächlichen Lebensgewohnheiten. Das Feeling von „Summer in the City“ findet somit auch in Österreich verstärkt statt und nicht nur in den südlichen Urlaubsländern. Mit der neuen Regelung können Wirte künftig schneller und ohne bürokratische Hürden einen kleinen Gastgarten aufsperrten. Anrainer können bei berechtigten Beschwerden aber auch schneller eine Schließung erwirken. Künftig sollen Gastgärten mit bis zu 75 Sitzplätzen auf öffentlichem Grund von 8 bis 23 Uhr geöffnet sein dürfen und auf Privatgrund von 9 bis 22 Uhr, ohne dass der Gastronomiebetrieb dafür ein aufwendiges betriebsanlagenrechtliches Genehmigungsverfahren durchlaufen muss. Die Anzeige bei der Behörde reicht aus. Allerdings dürfen in genehmigungsfrei gestellten Gastgärten nur Speisen und Getränke verabreicht werden, Grillen im Freien ist in genehmigungsfrei gestellten Gastgärten nicht erlaubt, genauso wie Auftritte von Musikgruppen, das Abspielen von Musik via Lautsprecher oder TV-Übertragungen. Dafür ist so wie bisher

eine Betriebsanlagengenehmigung erforderlich.

**Inwiefern sind die Gemeinden betroffen?**

Um die Regelung bürgernah gestalten zu können, dürfen die Gemeinden abweichende Öffnungszeiten festlegen. So kann es in der Nähe von Spitälern, Altersheimen oder Theatern zu Einschränkungen kommen, in

Tourismusorten ist aber auch eine Ausweitung auf 24 Uhr möglich. Mit der Reform berücksichtigen wir die Lebensgewohnheiten vieler

Österreicher, die heute im Schnitt häufiger und länger ausgehen als früher – und stellen gleichzeitig sicher, dass Schutzinteressen von Anrainern gewahrt bleiben.

**Das Thema Jugend ist ein weiteres „heißes Eisen“. Die Gemeinden leiden stark unter der Politikverdrossenheit der Jugend, weil sich kaum noch Nachfolger für Bürgermeister finden. Wie kann man Ihrer Meinung nach dieser Verdrossenheit Herr werden?**

Meine Erfahrung aus vielen persönlichen Kontakten ist, dass die Jugend entgegen vieler Klischees nicht generell politikverdrossen ist, sondern sich in allen Lebensbereichen engagiert. Allerdings müssen sich alle Parteien überlegen, wie sie attraktiver für Jugendliche werden und diese stärker einbinden. In meinem Bereich habe ich zum Thema „Politische Bildung“ ein spezielles Fortbildungsprogramm lanciert. Damit können wir Personen, die in der außerschulischen Jugendarbeit tätig sind, stärker für die Vermittlung von Politik qualifizieren. Denn für Jugendliche ist sehr oft nicht die Schule, sondern vielmehr das soziale Umfeld für politische Einstellungen prägend. Und genau dort setzen wir an.

**Zum Abschluss noch zwei persönliche Fragen: Ihre ersten Schritte in der Politik haben sie als Gemeinderat der 500-Einwohner-Gemeinde Ahorn getan. Was haben Sie aus dieser Zeit als Kommunalpolitiker mitgenommen?**

Den Bürger auf der Gemeinde-

ebene interessieren weniger makroökonomische Zusammenhänge und die große Politik, sondern die konkreten Auswirkungen der Politik in seinem unmittelbaren Lebensbereich – also wie schaut es mit der Infrastruktur aus betreffend Straßen und Wasserleitung, wie funktioniert die Schneeräumung, wie ist die Schule ausgestattet und ähnliches mehr. Daher heißt es für einen Kommunalpolitiker gut zuzuhören zu können und zu veranlassen, dass möglichst konkrete Problemlösungen entstehen. Gefragt ist aber auch die Zukunftsfähigkeit der Gemeinde, also wie schaut es mit den Arbeitsplätzen aus und wo möchte man in einigen Jahren sein.

**Was halten sie von Zwangs-Zusammenlegungs-Ideen, die immer wieder zu hören sind und denen vermutlich auch die Gemeinde Ahorn zum Opfer fallen würde?**

Zwang ist immer ein problematisches Mittel in der Politik. Ich halte Zwangsmaßnahmen für schlecht, weil sie nie zum Erfolg führen und eine Gemeinde natürlich auch identitätsstiftend ist. Wenn schon, muss die Idee der Zusammenlegung von innen heraus kommen. Sinn macht das Ganze höchstens dann, wenn über Verwaltungsgemeinschaften Kostenvorteile lukriert wer-

Ich halte Zwangsmaßnahmen für schlecht, weil sie nie zum Erfolg führen und eine Gemeinde natürlich auch identitätsstiftend ist.

... über Zwangs-Gemeindezusammenlegungen

den können. Wenn die Zeit reif ist, sollen die Bürger selber darüber bestimmen, ob sie mit jemand anderen eine Zusammenlegung wollen. Wenn sich Verbesserungen ergeben sollten, bin ich mir sicher, dass man auch derartig heikle Problemfragen gemeinsam einer Lösung zuführen kann.

Auf [www.kommunal.at](http://www.kommunal.at) finden Sie das vollständige Interview. Lesen Sie unter anderem, wie Minister Mitterlehner über die familienfreundlichen Gemeinde der Zukunft denkt.